

Nunkirchen. Der Ortsrat

Niederschrift 01/2005

Öffentliche Sitzung des Ortsrates des Stadtteils Nunkirchen

Datum: Donnerstag, 24. Februar 2005

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.30 Uhr

Ort: Saalbau Nunkirchen

Anwesend:

Ortsvorsteher Jochen Kuttler

Die Mitglieder des Ortsrates:

Pia Dillschneider

Martina Karl

Thomas Landry

Arno Dühr

Werner Lauer

Josef Moos

Anke Rehlinger

Harald Kunze

Günther Weyand

Die Mitglieder des Stadtrates

Frank Hiry

Holger Lauk

Ursula Ruben

Bernd Theobald

Heiko Werno

entschuldigt fehlten:

Markus Landry

Gerd Schillo

Zu Top 1a

Dietmar Leidinger, Stadtverwaltung

Verhandelt, Nunkirchen, den 24. Februar 2005

Ortsvorsteher Jochen Kuttler eröffnet die Sitzung des Orsrates Nunkirchen. Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 14. Februar 2005 ordnungsgemäß zur Sitzung des Orsrates eingeladen wurde und dass die Einladung entsprechend den Bestimmungen des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes in den Ausgaben im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 07/2005 und Nr. 08/2005 veröffentlicht war. Ferner konstatiert er die Beschlussfähigkeit des Orsrates.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Ortsrat den beiden Verstorbenen früheren Ratsmitgliedern, dem langjährigen Bürgermeister und Ortsvorsteher Paul Schmitz und dem früheren stellvertretenden Ortsvorsteher Ewald Lillig.

Anke Rehlinger beantragt für die SPD den Punkt "Antrag auf Änderung des Landesentwicklungsplanes Umwelt betreff Vorranggebiet für Windkraftanlagen in Nunkirchen" auf die Tagesordnung zu setzen. Der Rat hat hiergegen keine Einwände. Jochen Kuttler bittet den Rat, eine Grundstücksangelegenheit im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln. Auch hiergegen erheben sich keine Einwände.

Tagesordnungspunkte

I. Öffentliche Sitzung

- 1a) Antrag auf Änderung des Landesentwicklungsplanes Umwelt betreff Vorranggebiet für Windkraftanlagen in Nunkirchen
- 1b) Stellungnahme des Orsrates zum Entwurf des Doppelhaushaltes der Stadt Wadern für die Jahre 2005/2006 – nach §73 Abs. 2 KSVG
2. Beratung über den Containerstandort Sportplatz
3. Antrag von ProHochwald auf Prüfung der Erstellung eines "integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts "Hochwald" unter Einbeziehung von Nunkirchen
4. Antrag von ProHochwald auf Einrichtung eines Lagerplatzes für Grabaushub auf dem Friedhof Nunkirchen
5. Antrag der SPD-Fraktion auf Installation einer Straßenlaterne in der Straße "In den Weihern" im Bereich des Anwesens Nr. 27
6. Antrag der SPD-Fraktion auf Anlegung einer neuen Zufahrt zum Golfplatz
7. Antrag der SPD-Fraktion auf Ausbau eines Teilstücks der Straße "In den Weihern" zwischen den Hausnummern 30 und 27.
8. Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung des §23 (Fertigung und Bekanntgabe der Niederschrift) der Geschäftsordnung für den Ortsrat des Stadtteils Nunkirchen
9. Informationen des Ortsvorstehers
10. Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger

II. Nichtöffentliche Sitzung

11. Vergabe von Bauplätzen im Neubaugebiet Newer III
12. Grundstücksangelegenheit

I. Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1a

Antrag auf Änderung des Landesentwicklungsplanes Umwelt betreff Vorranggebiet für Windkraftanlagen in Nunkirchen

Anke Rehlinger erläutert für die SPD-Fraktion, dass die Thematik Windkraft Nunkirchen unmittelbar betrifft, weil im Landesentwicklungsplan Umwelt nördlich des Dorfes, in der Nähe der Straße nach Thailen, ein Windkraftvorranggebiet ausgewiesen ist. Dieses war auch Gegenstand einer nichtöffentlichen Sitzung des Grundstücksplanungsausschusses, wobei der Ausschuss einstimmig folgende Vorgehensweise beschlossen hatte: Der Bürgermeister soll das Gespräch mit den bisherigen Antragstellern suchen und ihnen vor Augen führen, dass ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten ergeben hat, dass das Vorranggebiet nördlich von Nunkirchen für die Nutzung von Windkraft völlig ungeeignet ist. Das heißt, dass mögliche Betreiber den Nachweis von 60 Prozent Effizienz im Vergleich zu einer Referenzanlage nicht erbringen könnten und der örtliche Energieversorger daher nicht gezwungen sei, den so erzeugten Strom abzunehmen. Sollten die Antragsteller nicht von Ihrem Vorhaben abweichen, so müssten sie in einem Gutachten nachweisen, dass eine ausreichende Windeffizienz zu erreichen sei. Anke Rehlinger findet diese Strategie gewagt und bittet den Ortsrat um eine weiterreichende Diskussion.

Jochen Kuttler bringt sein Verständnis dafür zum Ausdruck, dass das Thema bewegt. Er stellt für den Ortsrat fest, dass niemand einen Windpark nördlich von Nunkirchen will, die Chance, dieses aber möglichst frühzeitig zu verhindern, sowohl in weit zurückliegenden Ortsratssitzungen als auch von Seiten der Stadtverwaltung, die Einspruch gegen den dreimal diskutierten Landesentwicklungsplan Umwelt hätte einlegen müssen, versäumt worden ist. Jetzt sind komplizierte Strategien mit Risiken von Nöten, die man hätte vermeiden können, so der Ortsvorsteher. Problematisch, so Kuttler weiter, ist es auch, dass der Punkt so kurzfristig für die Tagesordnung gemeldet wurde und dass damit Unterredungen aus einer nichtöffentlichen Sitzung öffentlich werden, was rechtlich bedenklich ist. Der Ortsvorsteher hat sich deshalb beim Bürgermeister über die Vorgehensweise am heutigen Abend rückversichert und diesen gebeten, den Leiter der Grundstücks- und Planungsabteilung der Stadtverwaltung, Herrn Leidinger, in den Rat zu entsenden.

Dietmar Leidinger erläutert noch einmal die verfahrenere Situation bzgl. der Windkraftenergieanlagen und die Strategie, die der Ausschuss beschlossen hat. Hintergrund dieser Strategie war der Gedanke, dass bei einer Anfechtung des Landesentwicklungsplans Umwelt eine andere Fläche auf dem Gebiet der Stadt Wadern ausgewiesen werden muss, in Nunkirchen aber sowohl das Fachgutachten als auch die Ausschussmitglieder zu der Überzeugung gekommen sind, dass die notwendige Referenzleistung für potenzielle Betreiber nicht zu erreichen ist. Somit müssen nach geltendem Recht bei Nicht-Eignung der Nunkircher Fläche keine weiteren Flächen in Wadern ausgewiesen werden, weil das Vorranggebiet in Nunkirchen Ausschlusswirkung für alle anderen Flächen im Stadtbereich hat. Wird der LEP Umwelt allerdings mit Erfolg angefochten, dann ist die Stadt gezwungen, eine andere im Gutachten herausgehobene Fläche als Vorranggebiet auszuweisen.

Frank Hiry stellt für ProHochwald fest, dass die Situation mehr als unerfreulich ist, aber auch Anke Rehlinger im Ausschuss, der einen einstimmigen Beschluss zu diesem Thema gefasst hat, der dort vorgeschlagenen Strategie gefolgt ist.

Harald Kunze weist darauf hin, dass, wenn man den LEP Umwelt anfechten will, wohl auch eine neue Flächennutzungsplan aufzustellen ist, was zum einen mit Kosten verbunden ist, zum anderen Jahre dauern kann. Dann könnte es zu spät sein.

Nach eingehender Diskussion unterbreitet der Ortsvorsteher einen Kompromissvorschlag, auf den sich der Rat einigt:

Der Ortsrat beschließt, dass a) der Bürgermeister alsbald das Gespräch mit den Bewerbern für das zurzeit ausgewiesene Windkraftvorranggebiet suchen soll und sie über die Ergebnisse des Gutachtens der Stadt unterrichtet; b) Sollten die Anträge auf Errichtung von Windkraftenergieanlagen aufrecht gehalten werden, müssen die Betreiber nachweisen, dass ihre Anlagen tatsächlich die geforderten 60 Prozent in Bezug auf einer Referenzanlage erreichen können; c) Sollte der Nachweis erbracht werden können, soll die Stadtverwaltung den Landesentwicklungsplan Umwelt anfechten, um eine andere Fläche auszuweisen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 1b

Stellungnahme des Orsrates zum Entwurf des Doppelhaushaltes der Stadt Wadern für die Jahre 2005/2006 – nach §73 Abs. 2 KSVG

Der Ortsvorsteher stellt die Eckdaten des Haushaltsentwurfs vor. Dort werden die Ausgaben im Verwaltungshaushalt in 2005 mit 21872777 Euro beziffert. Dem stehen dieses Jahr Einnahmen von 18052600 Euro gegenüber. Die Zahlen für 2006 weisen auf der Ausgabenseite 20294369 Euro auf, die Einnahmenseite allerdings nur 17965700 Euro. Im Vermögenshaushalt, der ausgeglichen sein muss, sind für 2005 2069000 Euro sowohl auf Ausgaben- als auch auf Einnahmenseite vorgesehen.

Im Verwaltungshaushalt sieht der Entwurf für Nunkirchen folgende Posten vor:

- Zuschuss zur Bewirtschaftung des Saalbaus Nunkirchen von jeweils 7000 Euro im Jahr 2005 bzw. 2006 vor. Bisher waren hier 8000 Euro veranschlagt.
- Beschilderung Gewerbegebiet: 8500 Euro in 2005

Im Entwurf zum Verwaltungshaushalt nicht eingestellt ist die mit 10000 Euro bezifferte Sanierung der Elektroanlagen im Saalbau.

Der Entwurf des Vermögenshaushalts gestaltet sich aus Nunkircher Sicht wie folgt:

- Endausbau des Neubaugebiets Newer II. Kosten: 250000 Euro
- Stadtanteil zur Umsetzung des Kindergartenumbaus. Hierfür stehen nach dem jetzigen Entwurf 22800 Euro zur Verfügung.
- Sanierung Turnhalle/Schwimmhalle Nunkirchen: 40000 Euro
- Vermessungskosten und Restfinanzierung des Kreisverkehrs: 17.000 EUR. Darin enthalten sind auch die Mittel, die nach Prüfung der Schlussrechnung des ausführenden Unternehmens durch den Landesbetrieb für Straßenwesen eventuell noch finanziert werden müssen.

Nicht eingestellt sind hingegen:

- Sanierung Oberdorf. Die Kosten hierfür belaufen sich nach letzten Berechnungen auf

446000 Euro (Stadtanteil). Die Kanalsanierung wird vom Abwasserverband Saar getragen und wird mit 315000 Euro veranschlagt. Im Doppelhaushalt 2003/2004 waren bereits 135000 Euro eingestellt, so dass im neuen Haushalt rund 311.000 Euro für die Maßnahme Oberdorf eingestellt werden müssten, soll die Maßnahme realisiert werden.

- Maßnahmen aus dem Dorferneuerungskonzept
- Neuanlage Grabfelder
- Einrichtung Dorfarchiv
- Instandsetzung Aussichtspunkt Auschet
- 3 neue Rolltore im Feuerwehrgerätehaus
- Räumlichkeiten für Jugendclub
- Sanierung der Friedhofsmauer

Ortsvorsteher Jochen Kuttler drückt bei allem Verständnis für die mehr als dramatische Haushaltssituation der Stadt Wadern seinen Unverständnis darüber aus, dass die Sanierung Oberdorf im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt wurde. Die Bürgerinnen und Bürger warten seit 15 Jahren auf die Realisierung der Maßnahme, die zu einer endlosen Story in der Stadt zu werden droht. Abgesehen davon, dass die Straße in einem unhaltbaren Zustand ist, sollte man unbedingt, auch um Folgekosten zu vermeiden, die Straßensanierung im Rahmen der Kanalbaumaßnahme angehen. Jochen Kuttler weist darauf hin, dass man die Sanierung Oberdorf nicht einfach deshalb hintanstellen darf, weil andere Maßnahmen, wie der Endausbau Newer II im Haushaltsentwurf mit recht hohen Beträgen berücksichtigt werden. Der Endausbau des Neubaugebiets steht seit langem auf einer Prioritätenliste und rückt jetzt rein zufällig auf Platz 1. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Rechtsanspruch auf dessen Realisierung. Es ist deshalb von allergrößter Wichtigkeit, die Sanierung Oberdorf – trotz des Ausbaus von Newer II – mit höchster Priorität zu betreiben und in den Haushalt 2005/2006 einzustellen. Gleiches gilt für die Öffnung des Parkplatzes hinter dem Saalbau, die mit 10000 Euro zu veranschlagen ist und die Parksituation bei Veranstaltungen im Saalbau merklich entlasten wird. Warum die unabwendbare Maßnahme "Anlage neuer Grabfelder" und die Rolltore für das Feuerwehrgerätehaus im Haushaltsentwurf keine Berücksichtigung finden, findet der Ortsvorsteher ebenso unverständlich wie bedauerlich.

Josef Moos erklärt für die SPD, dass auch seine Fraktion den Ausbau des Oberdorfs in allen vier Abschnitten im kommenden Haushalt eingestellt sehen will. Im Zuge dieser Maßnahme soll auch der Rücklauf für den Brunnen vor der Kirche wieder instand gesetzt werden. Auch die SPD will die Öffnung des Parkplatzes Saalbau und die Realisierung aller Maßnahmen, die der Ortsrat im Rahmen der Aufstellung des Mittelfristigen Investitionsprogramms ins Auge gefasst hat. Ferner regt Josef Moos an, zu prüfen, ob die Sanierung der Friedhofsmauer nicht vom Bauhof "in Eigenregie" durchgeführt werden kann. Das sei früher bereits zugesagt worden.

Werner Lauer merkt an, dass man davon ausgehen kann, dass die Investitionen der Stadt noch weiter zurückgefahren werden müssen, weil die Kreisumlage, also das Geld, das der Landkreis von den Kommunen einfordert, erheblich steigen wird.

Harald Kunze stellt für CDU fest, dass 21 Prozent der Ausgaben im Verwaltungshaushalt, nicht durch laufende Einnahmen gedeckt sind. Diese Unterdeckung belastet die Haushalte der kommenden Jahre. Da die Kreisumlage, die aus dem Verwaltungshaushalt zu erbringen ist, voraussichtlich um 500000 höher ausfallen dürfte als veranschlagt könnte sich dies auf die Zuführungen an den Vermögenshaushalt und damit auf die Investitionen auswirken. Realistisch gesehen, so Kunze, bleibt nicht viel Spielraum für weitere

Maßnahmen so dass es schon an Unredlichkeit grenzt, weitere Wunschlisten aufzumachen. Dennoch ist auch er der Meinung, dass die Endlos-Geschichte Oberdorf endlich realisiert werden muss. Am Oberdorf kommt die Stadt ebenso wenig vorbei wie an der Anlegung neuer Grabfelder und der Anschaffung von drei neuen Rolltoren für das Feuerwehrgerätehaus, so Kunze und fordert für seine Fraktion deren Einstellung in den Haushalt. Günther Weyand bekräftigt dies für die CDU mit der Forderung, im Oberdorf muss endlich gebaut werden.

Der Ortsrat beschließt daher, dass er dem Entwurf zum Doppelhaushalt der Stadt Wadern für die Jahre 2005/2006 unter der Bedingung zustimmt, dass die Maßnahme Oberdorf in den Abschnitten 1 bis 4 – samt Brunnenreparatur sowie die Parkplatzöffnung Saalbau eingestellt – werden. Ferner bittet der Ortsrat eindringlich darum, dass die Maßnahmen, die im Mittelfristigen Investitionsplan für Nunkirchen festgehalten wurden, realisiert werden.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 2

Beratung über den Containerstandort Sportplatz

Der Ortsvorsteher zitiert aus einem anwaltlichen Schreiben, in dem ein Anwohner der Weiskircher Straße massiv über den neuen Containerstandort am Sportplatz Klage führt. Hauptkritikpunkte sind umher fliegendes Papier, Fahrzeugverkehr in der Nacht und die dadurch resultierende Lärmbelästigung und der nicht ordnungsgemäß befestigte Weg, der am betroffenen Grundstück entlang führt. Der Anwohner hat die Verwaltung aufgefordert, die Container alsbald entfernen zu lassen.

Jochen Kuttler führt aus, dass das Thema in vier öffentlichen Sitzungen in einem Zeitraum von etwa 1,5 Jahren im Ortsrat diskutiert worden ist. Das heißt, die Thematik stand vier Mal in der Ankündigung der Ortsratsitzungen im Amtsblatt und vier Mal in den Protokollen. Damals wurde, auch laut Angaben der früheren Ratsmitglieder, kein Widerstand gegen eine eventuelle Verlegung laut. Am 26. Januar 2004 wurde vom Ortsrat beschlossen, die Container zu verlegen, sobald die Hainbuchenhecke gepflanzt ist. Diesem Beschluss des Rates ist die Verwaltung im November 2004 gefolgt.

Der Ortsvorsteher betont, dass der Containerplatz am Sportplatz derjenige ist, der am wenigsten für Beschwerden sorgt und er eine Verlegung in das Gewerbegebiet für abwegig hält, weil dort keinerlei Sichtkontrolle durch Passanten mehr zu erwarten ist. Die Mitarbeiter des Baubetriebshofes reinigen den Containerstandplatz am Sportplatz von Montag bis Freitag nach Bedarf täglich, manchmal auch zwei Mal täglich. Samstag und Sonntag erfolgt keine Reinigung, da der Baubetriebshof in dieser Zeit geschlossen ist. Die Container am Standort Sportplatz werden drei Mal in der Woche entsorgt und seit Dezember regelmäßig von Mitarbeitern der Ortspolizeibehörde kontrolliert. Es liegen der Ortspolizeibehörde für den Standplatz am Sportplatz keine Beschwerden oder Anzeigen vor.

Das Stadtratsmitglied Bernd Theobald fragt beim früheren Ortsvorsteher Josef Moos nach, ob mit dem betroffenen Anwohner im Rahmen früherer Ortsratsdiskussionen gesprochen worden ist, was dieser verneint.

Anke Rehlinger moniert den widrigen Untergrund des Containerplatzes, der für unzumutbarer Zustände sorgt. Das hätte vor einer Verlegung geprüft werden müssen.

Jochen Kuttler führt aus, dass er lediglich einem Beschluss des "alten" Ortsrates umgesetzt habe, wozu er rechtlich gezwungen ist. In den ihm vorliegenden Protokollen ist allerdings nicht auszumachen, dass sich der frühere Ortsrat je mit dem Untergrund des Platzes beschäftigt hat. Gleiches gilt für die Diskussion um einen Zaun, der jetzt auf Drängen des Ortsvorstehers aufgestellt wird. Vor mehreren Wochen wurde der Platz, so Kuttler, ausgekoffert und ist damit auch bei Regenwetter wieder problemlos anzufahren, wie Günther Weyand für die CDU anmerkt. Sein Fraktionskollege Harald Kunze spricht sich für die Beibehaltung des jetzigen Standorts, "unter Beobachtung der weiteren Entwicklung", aus. Seiner Ansicht nach befinde sich die Stadt juristisch gesehen in einer guten Position.

Nach eingehender Diskussion – auch mit einem Anwohner – beschließt der Ortsrat, die Container an ihrem aktuellen Standort zu belassen und die weitere Entwicklung im Auge zu behalten.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 3

Antrag von ProHochwald auf Prüfung der Erstellung eines "integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts "Hochwald" unter Einbeziehung von Nunkirchen

Thomas Landry führt für ProHochwald aus, dass die bisherige Konzeption der Dorferneuerung in Zukunft nur noch wenig Aussicht auf Bereitstellung von Fördermitteln hat. In Zukunft, so das saarländische Ministerium für Umwelt, werden solche Maßnahmen bevorzugt gefördert, die über die Grenzen eines einzigen Ortes hinausgehen und vielmehr die Entwicklung einer Kleinregion im Blick haben – so genannte "integrierte ländliche Entwicklungskonzepte." In Nunkirchen wurde mit viel Aufwand und auch einem erheblichen Einsatz von Geldern ein Dorfentwicklungskonzept erstellt. Angesichts der Tatsache, dass dieses Konzept ohne eine Einbindung in ein so genanntes "ländliches Entwicklungskonzept" Makulatur sein könnte, will ProHochwald, dass nicht nur über die Dorf-, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus nach Möglichkeiten gesucht wird, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. ProHochwald wird daher den Stadtrat bitten, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen und schlägt eine Modellregion "Hochwald" vor.

Anke Rehlinger begrüßt für die SPD-Fraktion diesen Vorschlag nachdrücklich, gerade auch deshalb, weil der Hochwald einen geschlossenen Raum, eine natürlich gewachsene Einheit, darstellt. Die Stadtverwaltung möge prüfen, so Rehlinger, wie diese Konzepte in anderen Bundesländern gehandhabt würden. Sie fordert eine Vernetzung der unterschiedlichen Projekte.

Das Stadtratsmitglied Bernd Theobald führt aus, dass die Bürgermeister in einer Besprechung das Thema bereits erörtert und die Landrätin um Initiative gebeten hätten. Ortsvorsteher Jochen Kuttler gibt zu bedenken, dass mit weiten Wegen und der Verschiebung der Verantwortung niemandem geholfen sei. Er plädiert dafür, dass die Stadt, respektive der Bürgermeister, hier selbst initiativ werden müsse.

Da im Landeshaushalt entsprechende Mittel eingestellt seien, erinnert Harald Kunze daran, dass auch hier die alte Weisheit gilt: wer zuerst kommt, malt zuerst. Die CDU-Fraktion befürwortet den Vorschlag von ProHochwald.

Der Ortsrat beschließt die Stadt zu bitten, die Möglichkeit zu eruieren, ein Entwicklungskonzept "Hochwald" unter Berücksichtigung von Nunkirchen zu erstellen und dies alsbald in die Wege zu leiten.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 4

Antrag von ProHochwald auf Einrichtung eines Lagerplatzes für Grabaushub auf dem Friedhof Nunkirchen

Martina Karl stellt die Problematik auf dem Friedhof dar, wenn Mutterboden zur Auffüllung von Gräbern fehlt oder aber der Abraum eines frischen Grabes entsorgt werden soll. In Weiskirchen hat man mit dem System eines Lagerplatzes gute Erfahrungen gemacht, deshalb scheint diese Maßnahme auch für Nunkirchen zumindest nachdenkenswert.

Josef Moos erläutert, dass er einen solchen Lagerplatz hat entfernen lassen, weil dort eben kein Mutterboden gelandet sei, sondern Lehm Boden und Baumüll. Er schlägt vor, die Firma Treitz, die die Friedhofspflege inne hat, zu bitten, auf Anfragen der Grabpflegenden kurzfristig zu reagieren und Abraum zu entsorgen bzw. Mutterboden zur Verfügung zu stellen. Dies sei für die Betroffenen früher ohne Kostenbeteiligung machbar gewesen.

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ortsrat darauf, dass der Ortsvorsteher Kontakt zur Firma Treitz aufnimmt, um Möglichkeiten der Entsorgung bzw. der Beschaffung von Mutterboden zu finden. Sollte es diese Möglichkeit unentgeltlich geben, wird im Bekanntmachungsblatt darauf hingewiesen. Sollte es diese Möglichkeit nicht geben, wird der Rat sich erneut mit dieser Thematik beschäftigen.

Tagesordnungspunkt 5

Antrag der SPD-Fraktion auf Installation einer Straßenlaterne in der Straße "In den Weihern" im Bereich des Anwesens Nr. 27

Josef Moos begründet den Antrag der SPD-Fraktion mit den schlechten Lichtverhältnissen im Bereich des Anwesens Nr. 27 in der Straße "In den Weihern".

Der Ortsvorsteher führt aus, dass selbstverständlich niemand etwas gegen die Aufstellung einer Straßenlaterne haben kann, es aber auch bekannt ist, dass es zwar einen Haushaltstitel diesbezüglich gibt, dort aber kein Geld eingestellt ist, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Im Klartext heißt das: der Ortsrat empfiehlt eine Lampe, auf absehbare Zeit wird dort aber keine aufgestellt.

Um Verdruss bei den Bürgern zu vermeiden, sollte man das auch ehrlich sagen, findet Harald Kunze für die CDU-Fraktion.

Pia Dillschneider erinnert daran, dass zurzeit 65 Laternen im Stadtgebiet Ihrer Aufstellung harren. Das Gesamtvolumen, das die Stadt hier zu investieren hat, beträgt etwa 115000 Euro. Damit der Ortsrat sich nicht andauernd mit Straßenlaternen beschäftigen muss, bittet Pia Dillschneider, eine Liste zu erstellen, die der Stadt zu übergeben ist, damit der Bedarf ein für allemal festgestellt wird.

Josef Moos führt aus, dass der Posten, der im Haushalt zur Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes eingestellt wurde, mit dem Mehrheitswechsel im Stadtrat gestrichen worden ist.

Bernd Theobald erinnert daran, dass es eine Übereinkunft der Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates gibt, wonach kein Geld zur Erweiterung der Beleuchtungseinrichtungen im neuen Haushalt eingestellt wird. Das deshalb nicht, weil man nicht will, dass bei äußerst geringen Mitteln, die dafür zu Verfügung stünden, ein Verteilungskampf entbrennt. Es sei also kein Votum der neuen Mehrheiten sondern Einvernehmen aller.

Der Ortsrat beschließt, der Stadt Wadern die Aufstellung einer Straßenlaterne im Bereich des Anwesens Nr. 27 in der Straße "In den Weihern" zu empfehlen. Gleichzeitig weist der Ortsrat allerdings darauf hin, dass angesichts fehlender Haushaltsmittel die Installation der Straßenlaterne augenblicklich unwahrscheinlich ist.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 6

Antrag der SPD-Fraktion auf Anlegung einer neuen Zufahrt zum Golfplatz

Josef Moos erläutert für die SPD-Fraktion den Antrag. Die Situation Zufahrtsstraße zum Golfpark ist mehr als bedenklich. Da der Golfplatz erweitert werden soll, wäre die Möglichkeit gegeben, eine neue Zufahrt zu schaffen. Entweder entlang des bestehenden Radweges oder auf die Landstraße in Richtung Oppen.

Die Problematik der Situation der Straße "In den Weihern" ist wohl jedem Ortsratsmitglied bewusst, und sie wurde auch schon mehrmals im Rat besprochen, so Ortsvorsteher Jochen Kuttler. Es ist auch bekannt, dass es unter den Nutzern des Golfparks einige Raser gibt, abgesehen davon, hat sich mit dem Golfpark auch die Anzahl der Fahrzeuge, die die Straße vor allen Dingen in den Sommermonaten passieren, massiv nach oben bewegt.

Jochen Kuttler führt aus, dass er am 8. Dezember ein Gespräch mit dem Betreiber des Golfparks, Bürgermeister Fredi Dewald und Verantwortlichen der Stadtverwaltung geführt hat. Dort wurde auch die Frage einer neuen Zufahrt erörtert. Die Linie, die die Stadtverwaltung hier aufgezeigt hat, lässt, so der Ortsvorsteher, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: eine neue Zufahrt ist – vor allen Dingen vor dem Hintergrund einer anstehenden Erweiterung – durchaus gewünscht, die Stadt sieht sich allerdings aufgrund der mehr als angespannten Haushaltslage außer Stande, diese Zufahrt zu realisieren, zumal im gesamten Stadtgebiet etliche Straßen darauf warten, von Grund auf saniert zu werden.

Damit weist der Antrag der SPD, so Jochen Kuttler, exakt die Problematik des vorangegangenen Tagesordnungspunktes auf. Selbstverständlich kann man leicht Anträge stellen. Wenn dabei jedoch schon klar ist, dass keiner die Maßnahme finanzieren kann oder will, stellt der von der SPD formulierte Antrag Wunschdenken dar, das mit der Realität wenig gemein hat und für die Anwohner irreführend ist.

Josef Moos ist anderer Ansicht, zumal man auch über das Programm für Radwege eventuell Gelder bekommen kann. Pia Dillschneider hält die Vorstellung, dass aus einem Radwegeprogramm eine Auto-Zufahrt für einen Golfplatz zu finanzieren ist, für abwegig.

Für die CDU-Fraktion stellt Harald Kunze fest, dass wohl alle Ortsratsmitglieder eine neue Zufahrt und damit eine Entlastung der Anwohner der Straße "In den Weihern" wollen.

Einen Beschluss kann man zwar herbeiführen, so Kunze, nur steht die Ausführung angesichts der finanziellen Lage in den Sternen.

Der Ortsvorsteher unterbreitet einen Kompromissvorschlag für einen Beschluss, den der Rat annimmt:

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung, Gespräche mit den Betreibern des Golfparks aufzunehmen, um im Zuge einer eventuellen Erweiterung des Golfparks eine neue Zufahrt zum Gelände zu erreichen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der SPD-Fraktion auf Ausbau eines Teilstücks der Straße "In den Weihern" zwischen den Hausnummern 30 und 27

Josef Moos begründet den Antrag der SPD-Fraktion mit der schlechten Wegstrecke, die im Abschnitt der Hausnummern 30 bis 27 in der Straße "In den Weihern" aufzufinden ist. Hier muss die Stadt aktiv werden und eine Asphaltdecke anlegen.

Thomas Landry stellt für ProHochwald klar, dass, sollte die Straße ausgebaut werden, die Anlieger die Kosten dafür in voller Höhe zu tragen haben. Das hat ihm die Stadtverwaltung mitgeteilt. Daraufhin hat Thomas Landry mit allen Anliegern gesprochen, die massiv signalisiert haben, dass von ihrer Seite kein Interesse am Ausbau der Straße besteht. Thomas Landry fragt, wie die SPD dazu kommt, einen solchen Antrag vorzulegen, ohne mit den Anwohnern gesprochen zu haben und diesen damit eventuell horrenden Kosten aufbürdet. Harald Kunze erinnert in diesem Zusammenhang an die Gehwegeausbausatzung, die hier zur Anwendung käme.

Josef Moos entgegnet, dass niemand einen Vollausbau will, sondern lediglich eine Ausbesserung, worauf Ortsvorsteher Jochen Kuttler darauf hinweist, dass der Antrag der SPD-Fraktion einen "Ausbau" vorsieht und keine Ausbesserung. Er bittet darum, um allen Beteiligten viel Arbeit zu ersparen, die Anträge in Zukunft präzise und vor allen Dingen kurz begründet einzureichen. Denn zwischen einer Ausbesserung und einem Ausbau könnten hier ein paar zehntausend Euro liegen.

Thomas Landry weist daraufhin, dass selbst eine Ausbesserung, je nachdem wie sie gemacht wird, eine Kostenbeteiligung der Anlieger nach sich ziehen kann, zumal in den Weg offensichtlich Material eingebracht wurde, das Teer enthält und somit einer gesonderten Entsorgung bedarf. Er bittet ferner darum, dass man in Zukunft Rücksprache mit den Anwohnern hält, um sie und den Rat vor unliebsamen Überraschungen zu bewahren, bevor man einen Antrag stellt.

Stadtratsmitglied Holger Lauk bittet die SPD darum, in Zukunft von Anträgen abzusehen, die lediglich auf Publikumswirksamkeit zielen, aber schlecht recherchiert und dazu offensichtlich noch falsch formuliert sind. Um Missverständnissen und den von ihm gewonnenen Eindruck, die SPD wolle den Ortsrat mit fadenscheinigen Anträgen "zumüllen", entgegen zu wirken, bittet auch er darum, Anträge zur Tagesordnung bereits bei ihrer Einreichung kurz zu begründen. Für die SPD-Fraktion gibt Arno Dühr zu Protokoll, dass die Anträge der SPD kein Müll sind.

Thomas Landry stellt nach teils kontroverser Diskussion für ProHochwald folgenden Beschlussantrag:

Der Ortsrat Nunkirchen bittet die Verwaltung zu prüfen, wie man möglichst kostengünstig die schwersten Wegschäden in der Straße "In den Weihern" (Anwesen Nr. 30 bis 27) mittels Ausbesserung beheben kann.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Ortsvorsteher erinnert an die nun getroffene Vereinbarung, Anträge in Zukunft ausformuliert und begründet einzureichen.

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung des §23 (Fertigung und Bekanntgabe der Niederschrift) der Geschäftsordnung für den Ortsrat des Stadtteils Nunkirchen

Josef Moos bittet den Ortsrat §23 der Geschäftsordnung wie folgt zu ändern: "Die Niederschrift wird vom Ortsvorsteher bzw. Schriftführer gefertigt. Bevor die Niederschrift veröffentlicht wird und in den Geschäftsverlauf der Verwaltung eingebracht wird, ergeht je ein Exemplar an die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden. Erfolgt innerhalb von einer Frist von 5 Tagen kein Einwand, so wird die Richtigkeit der Niederschrift unterstellt. Spätere Einwände sind nicht möglich. Der Einwand ist schriftlich gegenüber dem Ortsvorsteher zu erklären. Bei offenkundig berechtigten Einwänden veranlasst der Ortsvorsteher eine Korrektur der Niederschrift. Erfolgt keine Berichtigung durch den Ortsvorsteher und eine Einigung mit dem Einspruchsführer erfolgt ebenfalls nicht, so wird der Einspruch dem Ortsrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Niederschrift (öffentlicher Teil) wird im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Wadern veröffentlicht."

Josef Moos weist darauf hin, dass sich dieser Passus an die Formulierung für Stadtratsniederschriften anlehnt. Eine weitere Begründung für den Änderungsantrag wird, auch auf Nachfrage, nicht gegeben.

Der Ortsvorsteher gibt zu bedenken, dass alle anderen Ortsräte außer Wadern, wo nur unwesentlich von der Formulierung in der Geschäftsordnung in Nunkirchen abgewichen wird, den gleichen Passus haben wie Nunkirchen und es in all den Jahren offensichtlich keinen Anlass gab, die Geschäftsordnung diesbezüglich zu ändern. Im Übrigen käme es, wenn man nach dem gestellten SPD-Antrag verfahren würde, dazu, dass eine Niederschrift, wenn irgendjemandem irgendetwas in irgendeiner Form nicht genehm wäre, wochenlang der Veröffentlichung harren müsste. Das erklärte Ziel seiner Politik, so der Ortsvorsteher, ist es aber, die Niederschrift möglichst bald zu veröffentlichen, damit die Bürgerinnen und Bürger noch einen Zusammenhang zur Sitzung herstellen könnten.

Harald Kunze will von der SPD-Fraktion wissen, warum sie gerade jetzt die Geschäftsordnung ändern will und dabei auch noch einen Passus aufnimmt, der offensichtlich dem Kommunalselbstverwaltungsgesetz widerspricht. Günther Weyand erinnert daran, dass die SPD mit der jetzigen Formulierung des §23 selbst jahrelang gut leben konnte. Die CDU ist der Meinung, §23 in seiner bewährten Fassung zu belassen.

Nach kontroverser Diskussion wird um Schluss der Debatte und Abstimmung gebeten.

Abstimmung: 4 Stimmen für den Antrag der SPD, 6 Stimmen gegen den Antrag der SPD, keine Enthaltungen.

Tagesordnungspunkt 9

Informationen des Ortsvorstehers

a) Beanstandung der Niederschrift der Ortsratssitzung vom 3. Dezember durch die SPD-Fraktion.

Der Ortsvorsteher teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion an den Bürgermeister der Stadt Wadern gewandt hat, mit der Bitte um Stellungnahme zur Niederschrift der Dezembersitzung. Josef Moos sah durch die nicht wörtliche und unvollständige Wiedergabe seines Redebeitrages den Verlauf der Sitzung verfälscht wiedergeben. Der Bürgermeister hat den entsprechenden Passus an die Kommunalaufsicht bzw. den Städte- und Gemeindegtag weitergeleitet. Beide Institutionen kamen zu der Auffassung, dass das Kommunal selbstverwaltungsgesetz für eine Niederschrift kein wortgemäßes Protokoll vorsieht. Folglich habe Herr Moos keinen Anspruch auf die wörtliche Wiedergabe.

Der Ortsvorsteher zeigt sich erstaunt, dass die SPD sich gleich an den Bürgermeister gewandt hat und nicht zuerst den rechtlich vorgeschriebenen Weg eingeschlagen hat, nämlich die Kolleginnen und Kollegen des Ortsrates damit zu befassen. Gleichfalls erstaunlich, dass der Bürgermeister seinerseits, ohne den Ortsrat zuvor zu beteiligen, die Angelegenheit nach außen trägt.

Josef Moos führt aus, dass es ihm weniger um die wörtliche Wiedergabe des Beitrages gehe, als um die Tatsache, dass seine Aussage verfälscht worden sei. Arno Dühr wirft dem Ortsvorsteher vor, ein problematisches Demokratieverständnis zu haben, wogegen dieser sich ausdrücklich verwahrt. Den Begriff "Demokratie" in diesem Zusammenhang zu bemühen, findet er abwegig.

b) Informationen zum Stadtratsbeschluss zur "Stärkung der Ortsräte"

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Ortsräten mehr Kompetenzen zuzugestehen. Das betrifft unter anderem auch das Budget des Ortsrates: Nach der Neuregelung erhält Nunkirchen jährlich einen Sockelbetrag von 750 Euro und 7328 Euro (2530 Einwohner x 2,60 EUR). In 2005 stehen damit insgesamt = 9964 Euro zur Verfügung. Nach dem vorliegenden Stadtratsbeschluss sollen davon bezahlt werden: Ehrentag für die Seniorinnen und Senioren, die Martinsfeier, Geldpräsentation an Vereine, Jubiläen etc., Blumenschmuck, Gestaltung Ortseingangsschilder, Unterhaltung Blumenbeete u.ä. Am Jahresende nicht ausgegebene Mittel werden übertragen. Sie gehen also nicht verloren. Aus Vorjahren steht Nunkirchen aktuell noch der Betrag von 2636 Euro zur Verfügung. Der Ortsvorsteher legt den Ortsratsmitgliedern nahe, sich darüber Gedanken zu machen, wie das Budget in Zukunft verwaltet werden soll: entweder mittels eines eigenen Kontos, das der Ortsrat einrichtet und auf welches nach Genehmigung des Haushaltsplanes der Betrag überwiesen wird oder über die Kämmerei, die dann für den Ortsrat das Konto verwalten könnte. Neben den Änderungen im Budget, gibt es noch weitere Neuerungen: So soll es einen Pool von "1-Euro-Jobs" im Bauhof mit Beauftragung durch den Ortsvorsteher geben. Außerdem sollen Vergaben von Stadtteil bezogenen Aufträgen bis zu einer Höhe von 15000 Euro durch den Ortsrat legitimiert werden.

c) Zustand Streugutsilo

Der Landesbetrieb für Straßenwesen hat mitgeteilt, dass er das alte Streugutsilo (Saarbrücker Straße) in einen verkehrssicheren Zustand bringen will und mit schnell wachsendem Efeu bepflanzen will. Der Ortsvorsteher hat dem LfS mitgeteilt, dass schnell wachsendes Efeu wohl kaum das probate Mittel sein kann, sich eines Gebäudes zu entledigen und erneut – entsprechend eines Ortsratsbeschlusses – darauf gedrängt, dass das marode Gebäude entfernt wird. Eine Antwort des LfS steht noch aus.

d) Verkehrsgutachten

Das lange avisierte Verkehrsgutachten soll voraussichtlich am 8. März erstellt werden. Der Ortsvorsteher hofft, dass dann Klarheit über die tatsächliche Verkehrsbelastung im Ort herrscht.

e) Vandalismus Friedhof

Der Ortsvorsteher informiert den Rat über die Schäden, die durch das Einschlagen von Scheiben mittels Grablaternen am Friedhof entstanden sind. Die Tat zeugt von Mutwille und einer groben Missachtung der trauernden Angehörigen. Bisher wurden die Schuldigen noch nicht gefunden.

f) Ampelanlage Sebastianus Apotheke/Edeka-Markt

Nach einer Verkehrsbereisung im Januar hat die Stadtverwaltung den Landesbetrieb für Straßenbau um Planung und Bau einer Ampelanlage in der Höhe Sebastianus Apotheke / Edeka-Markt gebeten. Damit soll Fußgängern und auch Schulkindern die Möglichkeit gegeben werden, die viel befahrene Straße sicher zu überqueren, zumal ein zusätzlicher Fußgängerüberweg in unmittelbarer Nähe des Kreisverkehrs aus verkehrstechnischen Gründen offensichtlich nicht in Frage kommt.

g) Deckeninstandsetzung "Im Flürchen" und "Weiskircher Straße"

Der Landesbetrieb für Straßenbau beabsichtigt in 2005 die Erneuerung der Fahrbahndecke in der Weiskircher Straße und im "Flürchen". Hierzu wurde eine Anfrage des LfS an die Bauverwaltung der Stadt gestellt, mit der Bitte über eventuell anstehende Kanalarbeiten Auskunft zu geben. Deren Antwort steht allerdings noch aus.

h) Teilnahme der Grundschule Nunkirchen an der Aktion "Picobello" der saarländischen Landesregierung

Die Grundschule Nunkirchen hat die Absicht an der Aktion "Picobello" teilzunehmen. Mittel und Wege dazu werden gerade eruiert.

i) Veröffentlichung von Veranstaltungen im Amtlichen Bekanntmachungsblatt

Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass Vereine ab sofort die Möglichkeit haben, ihre Veranstaltungen eine Woche vor dem sonst üblichen Termin in der Rubrik "Veranstaltungen" im amtlichen Teil zu veröffentlichen und bittet die Vereine darum, von dieser neuen Werbemöglichkeit Gebrauch zu machen.

Tagesordnungspunkt 10

Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger

Jürgen Dörr stellt die Frage, warum im Neubaugebiet Newer III Straßenlaternen brennen, obwohl dort noch niemand wohnt. Der Ortsvorsteher gibt an, dass die Leitungen aller Wahrscheinlichkeit mit dem übrigen Netz gekoppelt sind. Günther Weyand gibt zu bedenken, dass auch dann, wenn eine Straße nicht bewohnt ist, sie aber einen öffentlichen Weg darstellt, die Verkehrssicherungspflicht eine Beleuchtung zwingend vorschreibt.

Weiter will Jürgen Dörr wissen, wann die Verbindungsstraße vom Neubaugebiet Newer III zur Saarbrücker Straße gebaut wird, weil er befürchtet, dass der Baustellenverkehr im Neubaugebiet komplett durch den ohnehin belasteten Straßenteil im unteren Newerweg laufen wird. Der Ortsvorsteher erklärt, dass seines Wissens nach der Bau dieser Verbindungsstraße erst im nächsten Bauabschnitt geplant ist, dieser aber noch Jahre auf sich warten lassen kann. Auch er sieht die berechtigten Sorgen der Anwohner im Newerweg.

Josef Moos bittet darum, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 Kilometer in der Stunde auch von Nunkirchen her kommend für die Radwegkreuzung bei Münchweiler ausgedehnt wird. Bisher gilt an dieser gefährlichen Schnittstelle nur von Losheimer Seite 70.